



STADT HILDESHEIM

Bebauungsplan und 3. Änd. des Beb. Planes (Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Marienburger Höhe Ost“) Für das Gebiet süd-östlich der Brauns- berger Straße.

Maßstab 1:500

Mit Inkrafttreten dieses Planes treten die bisherigen städtebaulichen Vorschrif-
ten außer Kraft, soweit deren Gegenstände in diesem Plan geregelt sind oder
ihm widersprechen.

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes

Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

- WR Reine Wohngebiete
- WA Allgemeine Wohngebiete
- WS Kleinstsiedlungsgebiete

Gemischte Bauflächen

- M1 Mischgebiete
- M2 Kerngebiete
- M3 Dorfgemeinschaften

- Bauleitlinie
- Baugrenze
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Grenze der 1. Änderung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Firststrichung

- Oberrande Fußboden der Erdgeschosses über NN

Gewerbliche Bauflächen

- III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- III Zahl der Vollgeschosse zwingend
- 0.2 Grundflächenzahl
- 1.0 Geschosflächenzahl
- 3.0 Baumasenzahl
- c Offene Bauweise
- g Geschlossene Bauweise
- tu teilweise untergesch. zulässig
- A 1 Ausnahmen (siehe textliche Festsetzungen)
- BGF Bruttogrundfläche
- Gr Grundfläche
- o abweichende Bauweise
- A.IV Aufstufung u. 4. Geschosse für Stellplätze

- Sonderbauflächen
- Wohnen und Gewerbe
- Sondergebiete, z. B. Ladengebiete
- Flächen oder Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
- Schule
- Kindertagesstätte
- Kindergarten
- Kirche

Verkehrsflächen

- Strassenverkehrsflächen
- Öffentliche Parkflächen
- Strassenbegrenzungslinie
- Verkehrsflächen
- Zufahrtsweg
- Stichtafel: Diese Fläche ist von Strassen über 0,80 m Höhe freizuhalten, Einschiebe- und ständige Bäume sind zulässig.
- Strohkranz
- Boschung

Weitere Nutzungsarten

- Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umkleekabinen
- Papiermüll
- Mit Geb., Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Führung oberirdischer Versorgungsanlagen
- Akzidenzen
- Auskragung
- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Stellplätze oder Gärten
- St
- Ga
- Gst
- GGa
- TGg
- Fläche mit Bindung an Bebauung und Leitungsrechten

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft
- Flächen für Land- oder Forstwirtschaft
- Bäume
- Wald

Grünflächen, z. B. Spielplatz

- Parkanlage
- Dauerkleingärten
- Sportplatz

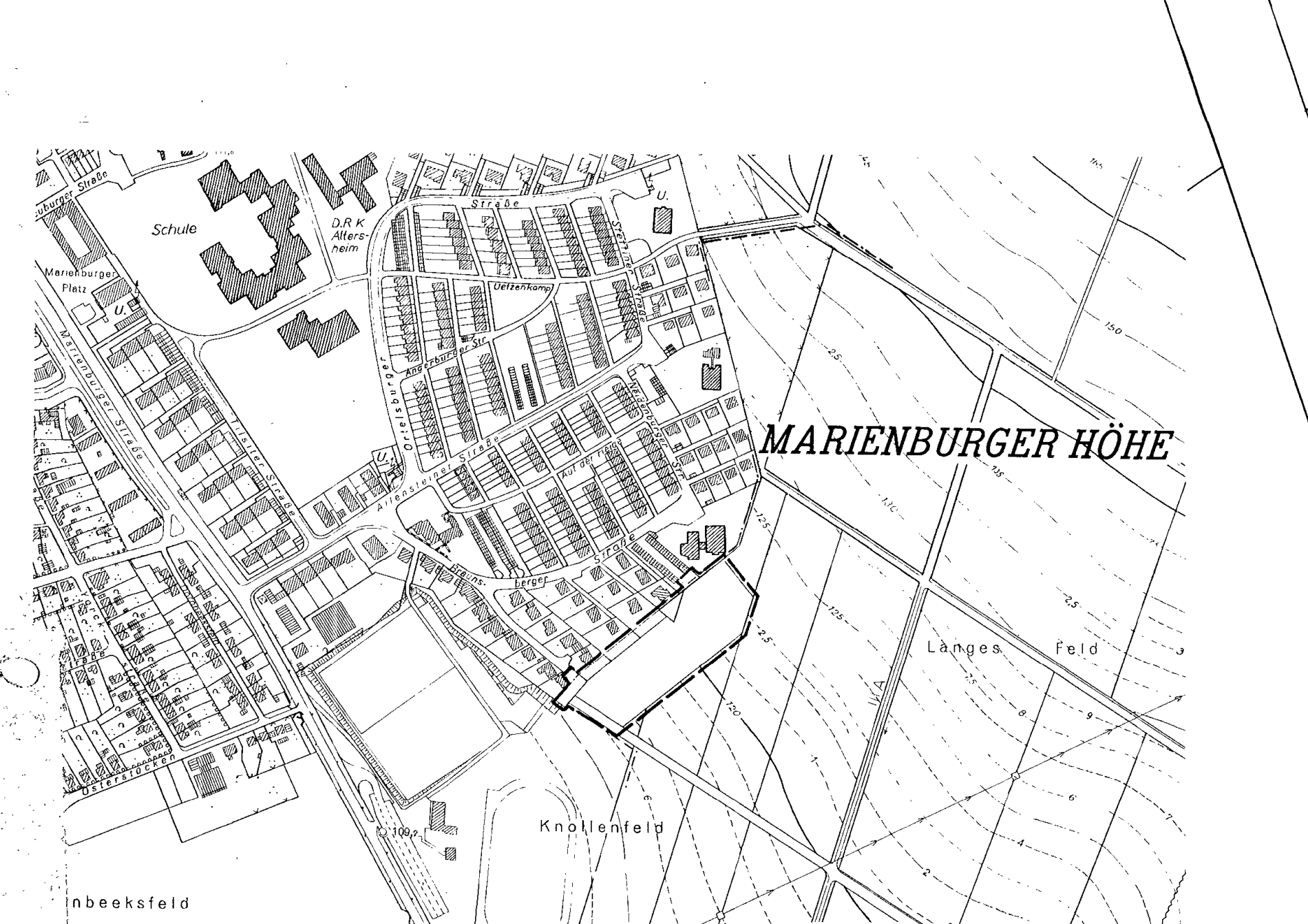
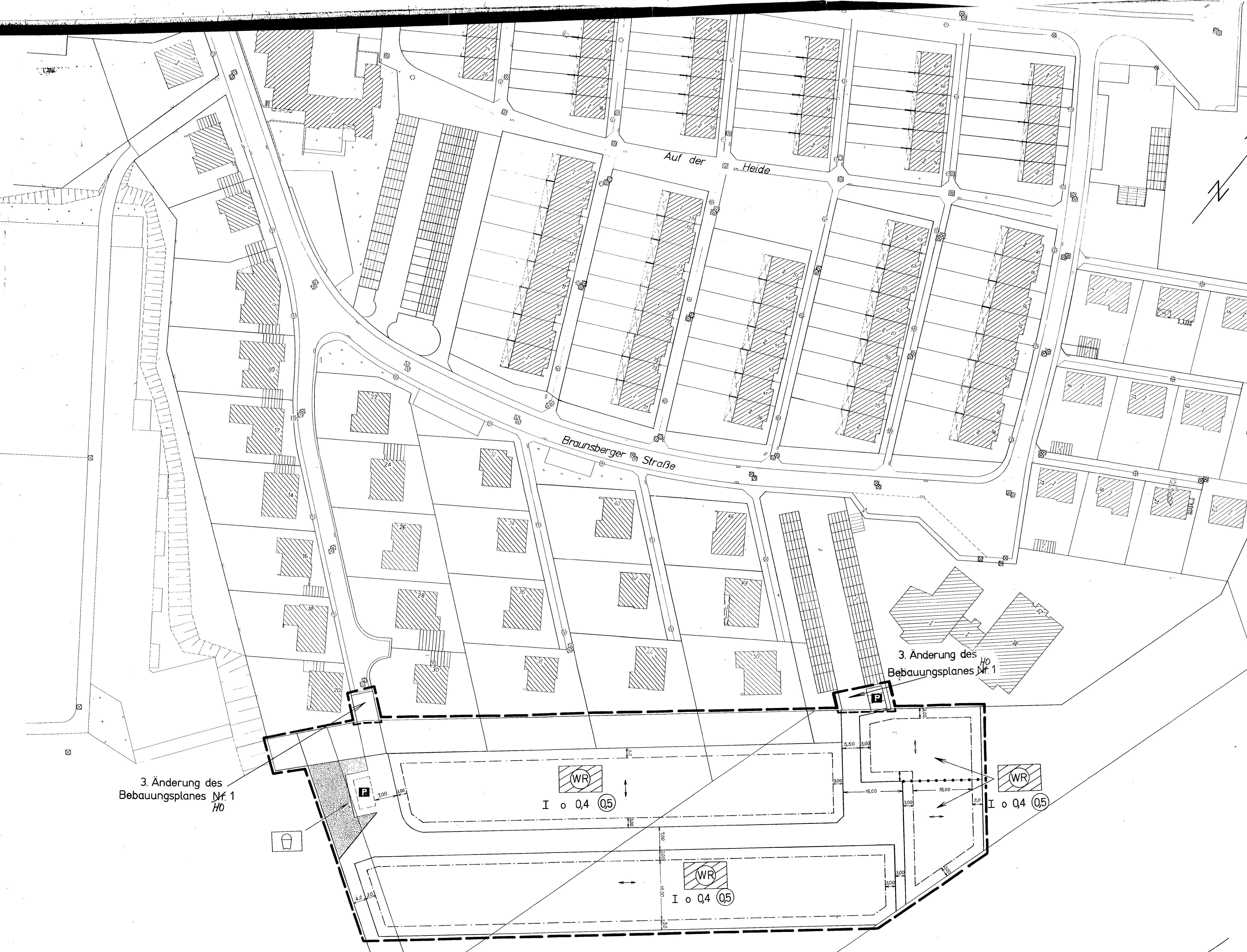
Nachrichtliche Übernahmen

- Naturschutz (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)
- Wasserschutz (W), Quellenschutz (Q) oder Überschwemmungsgebiet (Ü)
- Flächen für Bahnanlagen

Bestandsangaben

- Wohngebäude
- Wirtschafts- und Industriegebäude
- Wasserflächen, Hüfen
- Höhenlinie
- 95,1 Straßenhöhen, vorn (gepl.)

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:



<p>Die Planunterlagen entsprechen den Anforderungen des § 1 der Planzeichnungsverordnung vom 19. 1. 1965.</p> <p>Hildesheim, den 30. 5. 1973</p> <p>Stadtervermessungsamt</p> <p>Stadtervermessungsamt</p> <p>Stadtervermessungsamt</p>	<p>Für die Aufstellung des Planentwurfs</p> <p>Hildesheim, den 28. 6. 1973</p> <p>Stadtervermessungsamt</p> <p>Stadtervermessungsamt</p> <p>Stadtervermessungsamt</p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 18. 11. 1973, als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 beigefügt.</p> <p>Hildesheim, den 13. 12. 1973</p> <p>gez. I.V. Thoma</p> <p>Stadtervermessungsamt</p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 18. 11. 1973, als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 beigefügt.</p> <p>Hildesheim, den 13. 12. 1973</p> <p>gez. I.V. Thoma</p> <p>Stadtervermessungsamt</p>
<p>Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 19. 11. 1973 zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 13. 12. 1973</p> <p>gez. I.V. Thoma</p> <p>Stadtervermessungsamt</p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 18. 11. 1973, als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 beigefügt.</p> <p>Hildesheim, den 14. 12. 1973</p> <p>gez. Nämisch</p> <p>Oberbürgermeister</p>	<p>GENEHMIGT</p> <p>gem. § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341) nach Maßgabe, meiner Verfügung vom heutigen Tage 214 - 2.0.3 (150)</p> <p>Hildesheim, den 13. 2. 1974</p> <p>Der Regierungspräsident</p> <p>Im Auftrage</p> <p>gez. Mack</p> <p>(I.S.)</p>	<p>Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gem. § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 öffentlich aus. Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 28. 2. 1974 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hildesheim bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 28. 2. 1974</p> <p>gez. Riemann</p> <p>Stadtervermessungsamt</p>